

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

156 (9.7.1931) Erwerbslosen-Tribüne

Naziärzte machen in „Sozialpolitik“!

Das „Martyrium“ der Krankenkassen

Der „Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund“ beschäftigt sich auf einer Tagung in München mit den Gegenwartsproblemen. Wenn man in dem sehr ausführlichen Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 19. Mai liest, welche Fragen diese Herren bewegen, dann kommt man unwillkürlich zu der Annahme, daß in diesem merkwürdigen Verein die Tierärzte in der Mehrheit sein müssen. Von den Sorgen um die Volksgesundheit, die angesichts der ungeheuer gestiegenen sozialen Not die verantwortungsbewußten Ärzte bewegen, ist auf dieser Tagung nicht geredet worden. Kein Wort von den unterernährten Großstadtkindern. Kein Wort von den Frauen und Männern der wertvollen Bevölkerung, die wegen Arbeitslosigkeit und Lohnbruch längst nicht mehr ausreichend für die Pflege und Ernährung ihres Körpers sorgen können. Und doch liegt darin wohl die größte Gefahr für die Erhaltung des besten Teils des deutschen Volkes, nämlich seiner Arbeitskraft. Kein Wort auch über die sozialen und politischen Ursachen dieses Massenelendes. Die Naziärzte haben andere Sorgen. Sie sehen die deutsche Klasse nicht durch Ausbeutung, Unterernährung und schlechte Wohnungen bedroht, sondern nur durch die Juden. Daß man in Berlin Parfüm und Wöhrgrün, zwei Opiumhelfer, durch Juden darstellen ließ, hat sie mehr aufgeregt, als alles soziale Elend. Sie haben nicht betrauert, wie man endlich wieder zu gelunden Lebensverhältnissen kommen könnte, sie haben auch nicht als Ärzte an das Gewissen derer appelliert, die aus der Gesundheit der Arbeiter bares Geld schlagen, sie haben vielmehr erklärt: „Wo raus es und an kommt, ist die nordische Seele.“

Nach diesen vorbereitenden Theorien, die der Leiter der Nazikultur mit dem urdeutschen Namen Konopatz verpackt hatte, sprach ein Dr. Baumer noch sehr viel deutlicher. Er erklärte rund und nett, daß die „Krankenversicherung ein zweifelloses Fehlgriff“ gewesen sei, den man schleunigst forgierten müsse. In langen Ausführungen besah er sich dann auch mit dem Krankenhaus. a u f e n t h a l t und kommt zu der bezeichnenden Feststellung: Zweifelloso liegen in den Krankenhäusern viele Verstorbene, die nicht hineingehören.“ Die Kranken, insbesondere die Erwerbslosen, werden sehr erkaunt sein über die Art von Sozialpolitik, die die Naziärzte damit propagieren. Aber die Tatsache muß angeprangert werden, und jeder einzelne muß dafür sorgen, daß sie allen Volksgenossen bekannt wird:

Im Augenblick des allgemeinen Kampfes gegen die Sozialfürsorge, im Augenblick des größten Massenelends treten die Nationalsozialisten unverhüllt in die Front der Reaktion gegen die Krankenversicherung!

Die Sozialdemokratie hat überall dafür gesorgt, daß die Krankenhäuser modernisiert werden, weil sie wußte, daß in den Zeiten der Erwerbslosigkeit für die Gesundheitspflege besonders viel getan werden muß. Die Naziärzte stellen fest: Es liegen zuviel Verstorbene in den Krankenhäusern!

Die Tagung der Naziärzte war den bürgerlichen Hebern gegen die sozialen Errungenschaften selbstverständlich sehr willkommen, zumal der Bericht des „Völkischen Beobachters“ über die Vertagung schließt:

„Nur eine starke politische Organisation kann das Martyrium der Krankenkassen von uns nehmen.“

Glücklicherweise sind wir noch nicht so weit, daß die ungelagte Geminnung der Naziärzte über die Krankenversicherung triumphiert. Aber die Nazi-Tagung weiß, was auf dem Spiele steht.

Was Arbeitslose uns schreiben:

Gibt der Jugend ihre Jugend wieder

Da stehen und sitzen sie in den Stempelfabriken herum oder stehen an den Straßenecken: Hände in den Taschen vergraben, selbstgedrehte Zigaretten oder die Tabakspfeife im Mund. Junge Menschen sind es, mit Gesichtern teils wie Gresse, teillos, hoffnungslos, jeder Lebensfreude beraubt. Ihr Dasein kommt ihnen vor wie ein Nichts, eine gähnende Leere. Sie werden gleichgültig, abgestumpft, sie verweisen am Leben, mancher macht diesem elenden Vegetieren durch Selbstmord ein Ende. Aus den Gesichtern spricht ein abgrundtiefer Haß gegen die Gesellschaftsordnung, die sie zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verdammt.

Wer sind sie?
Eine arbeitslose Proletariatsjugend, die früh schon Hunger, Elend, Verzweiflung, Arbeitslosigkeit und Streiks erlebt hat. Krieg war in der Welt, als sie noch Kinder waren. Vater an der Front, Mutter in der Munitionsfabrik. Mit Hunger und Elend im Hause. Als diese Jugend in die Schule ging, brach die Revolution aus. Mit vierzehn Jahren schon aus der Schule gerissen, treten sie vor die Maschinen. Vor die Maschinen, die Menschen zwingen zu geistloser, mechanischer Arbeit, zu ewiger, hastender Wiederholung gleicher, immer wieder gleicher Handgriffe. Mit vieler Mühe hatte man eine Lehrstelle gefunden, aber am Tage der Beendigung der Lehrzeit stehen nun hunderttausende jugendliche auf der Straße. — Arbeitslos! Wie lange?

Nach dem großen Launen: Inflation! Millionen, Milliarden, Billionen! Hochkonjunktur der Wirtschaft! Mit einem Schlag ist alles wie ein Traum vorbei. Neues Elend, Geldmangel tritt überall ein, verminderte Kaufkraft ist da, als Folge davon steigende Arbeitslosigkeit. Und jetzt im Frühjahr 1931 in Deutschland eine Wirtschaftskrise mit heute noch mehr als vier Millionen Erwerbslosen und ihren Familien. Darunter sind siebenhunderttausend erwerbslose Jugendliche — die anklagend an Straßenecken, auf den Stempelfabriken und den Bänken der Grünanlagen herumlungern. Sie klagen dieses Wirtschaftssystem an, das für sie keine Entwicklungsmöglichkeit, keine Existenzmöglichkeit bietet. Sie klagen diese Wirtschaftsordnung an, in der die Besitzer der Produktionsmittel, die Unternehmer, deren Kartelle und Trusts sie zu rechtlosen und billigen Arbeitskräften erniedrigen und ihnen nicht die Möglichkeit geben, das Gefühl des persönlichen Wertes und die Freude an der Arbeit kennenzulernen.

Die arbeitslose Jugend will arbeiten und schaffen für den Fortschritt der ganzen Gesellschaft. Sie wird aber auf die Straße gesetzt, sie darf nicht arbeiten! So wird der erwerbslose Jugend die Jugend gestohlen — das Schönste im Leben überhaupt. Die arbeitslose Jugend klagt an! —
Laßt ihren Ruf nicht ungehört verhallen. Helft, ehe es zu spät ist! Sie fordert: Gebt

Nur die gesammelte Kraft der Arbeiter hinter dem Banner der Sozialdemokratie kann die sozialen Einrichtungen für das arbeitende Volk erhalten. Erwerbslose, helft uns für euch kämpfen!

der Jugend die Jugend wieder! Schafft endlich Arbeit!

Ein arbeitsloser Jugendlicher.

Heimarbeit und Arbeitslosigkeit

Bei der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit spielt die Verkürzung der Arbeitszeit eine bedeutende Rolle. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl auch nach dem Frühjahr nicht wesentlich geringer geworden ist, wird es höchste Zeit, alle Möglichkeiten einer besseren Verteilung der vorhandenen Arbeiten auszunutzen. Es gibt überall noch Betriebe, in denen über den Wochentag hinaus gearbeitet wird. Das ist besonders in Südhüringen der Fall. Sommer wieder muß man in Versammlungen hören, daß

in manchen Glashütten sogar noch Sonntags gearbeitet

wird. Die Kollegen in solchen Betrieben fürchten die Entlassung und wagen daher nicht, die von ihnen verlangten Ueberstunden zu verweigern. Hier kann nur die schärfste öffentliche Kontrolle Abhilfe schaffen.

Eine besondere Rolle spielt die Hausindustrie. Für Hausarbeiter gibt es keine Arbeitszeitregelung. Dabei werden die Löhne immer weiter herabgesetzt. Die Heimarbeiter und meistens auch ihre Frauen und sogar die Kinder müssen deshalb immer länger und immer mehr arbeiten, um das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu verdienen. Da gibt es Arbeitstage von 15 und noch mehr Stunden. In der Spielzeugindustrie sind sogar Fabrikbetriebe geschlossen worden, deren Aufträge jetzt durch Heimarbeiter erledigt werden. Das ist für den Fabrikanten ein gutes Geschäft. Er spart an Arbeitslohn, Arbeitsräumen und dergleichen. Die Heimarbeiter müssen aber zu den schlechteren Bedingungen arbeiten. Die Sozialenrichtungen ebenso wie die Arbeitslosenversicherung schätzen die Heimarbeiter sehr viel weniger als die, die in den Betrieben sitzen. Trotzdem reißt sie keine andere Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Bei der Regelung der Arbeitszeit ist es deshalb unbedingt notwendig, auch an die Heimindustrie zu denken. Nur strenge Vorschriften, über deren Innehaltung rücksichtslos gemacht wird, können das Elend der Heimarbeiter mildern und zugleich dafür sorgen, daß die Heimarbeiter nicht mehr als Lohnbrücker ausgenutzt werden. Die Kosten für die Durchführung der Kontrollen werden vielfach eingeträchtigt durch die Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung, denn wenn die Heimarbeiter, die besser als bisher zu entlohnen sind, nicht mehr einen doppelten Arbeitstag arbeiten, müssen die Unternehmer mehr Leute beschäftigen. Im Interesse der Arbeitslosen, die jahrelang mit geringer Unterstützung ihr Leben fristen müssen, liegt es, daß endlich auch für die Heimarbeiter die Arbeitszeit gesetzlich geregelt wird.

Wilhelm B. Lausch.

Erwerbslosen-Tribüne

InformationsORGAN für Erwerbslose

Her zu uns!

Sinein in die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften! Es geht um Wohl und Wehe der Erwerbslosen, um die Erhaltung der Arbeiterbewegung

Unendlich trostlos war der Winter 1930/31 für die Millionen, die unverschuldet feiern, sich und ihre Angehörigen mit den schmalen Bezügen aus der Arbeitslosenversicherung, Krisen- oder Wohlfahrtsfürsorge durchschlagen müssen. Sie hofften auf die Belebung des Arbeitsmarktes im Frühjahr; aber der Frühling enttäuschte die Erwartungen gar zu vieler.

Der Sommer ist inzwischen angebrochen und noch stehen 4 Millionen körperlich gesunde Deutsche, die arbeiten können und es sehr gerne möchten, außerhalb des Produktionsprozesses. Kein Wunder, daß viele von ihnen nervös werden, in Verzweiflung, ja in den Zustand wilder Empörung geraten und in dieser Stimmung gewissenlosen Demagogien und politischen Kurpfuschern ins Carn gehen.

Wäre den Bürokraten, von denen die am 5. Juni erlassene neue Notverordnung zusammengemurmelt wurde, die Preisaufgabe gestellt worden, die Empörung der arbeitslosen Millionen noch zu steigern, sie müßten sämtlich mit dem ersten Preis bedacht werden, so aufreizend wirkt das Produkt ihrer weltfremden Arbeit, an der ganz offenbar keiner beteiligt ist, der das Elend monatelang, ja jahrelanger Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe gespürt hat.

Die Notverordnung!

Ihr Zweck sollte sein, das Uebermaß der ungeheuer angewachsenen

Volksnot zu mildern. Die Klassen des Reiches, der Länder und Gemeinden, in denen ein Riesenloch klafft, in das 2 500 Millionen Mark gestopft werden müssen, sollen aufgefüllt werden, damit der Staat seine Pflichten erfüllen kann, unter denen die Fürsorge für die unverschuldet in Not geratenen Millionen an erster Stelle steht.

Der Zweck der Notverordnung war also ein guter. Jedoch ist der Weg, der zu seiner Erreichung eingeschlagen wurde, ein durchaus verdammenswerter. Man setzt diejenigen, die seit Wochen, Monaten, ja seit Jahren Empfänger von Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung sind, auf stark verkleinerte Rationen, man baut auf der ganzen Linie ab, man notverordnet,

die Hungertiemern um noch ein paar Lötchen enger zu schnallen, und man entschuldigt diese schmerzhafteste Prozedur mit der großen Zahl der Hungernden und der langen Dauer der Arbeitslosigkeit. Angeblich, damit die Unterstützungsstationen für alle reichen, „streckt“ man sie. Man handelt so, als seien die Erwerbslosen Invasoren einer belagerten Festung, abgechnitten von jeder Zufuhr, so daß kein anderes Mittel als das Strecken der Rationen verbleibt, um sich vor dem gemeinsamen Verhungern zu bewahren.

So aber steht es um Deutschland nicht!
Der brutale Abbau der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge war zu umgehen!

Der Wege dazu gab es mehrere, wie von sozialdemokratischer Seite umgehend dargetan wurde. In erster Linie ist

die Hungertiemern um noch ein paar Lötchen enger zu schnallen, und man entschuldigt diese schmerzhafteste Prozedur mit der großen Zahl der Hungernden und der langen Dauer der Arbeitslosigkeit. Angeblich, damit die Unterstützungsstationen für alle reichen, „streckt“ man sie. Man handelt so, als seien die Erwerbslosen Invasoren einer belagerten Festung, abgechnitten von jeder Zufuhr, so daß kein anderes Mittel als das Strecken der Rationen verbleibt, um sich vor dem gemeinsamen Verhungern zu bewahren.

So aber steht es um Deutschland nicht!

Der brutale Abbau der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge war zu umgehen!

Der Wege dazu gab es mehrere, wie von sozialdemokratischer Seite umgehend dargetan wurde. In erster Linie ist

Die Krisensteuer

zu nennen, die in ihrer jetzigen Fassung geradezu ein Muster schreiendster Ungerechtigkeit genannt werden muß, aus der aber bei gerechter Gestaltung bequem 150 Millionen Mark mehr für die Arbeitslosen herauszuholen gewesen wären.

Was in aller Welt haben die Bürokraten in den Reichsministerien sich nur gedacht, als sie notverordneten:



Es haben an Krisensteuer zu zahlen:

Bei einem Jahreseinkommen von Mark	Krisensteuer-Mark	Gewerbesteuer-Mark	Landwirte-Mark
2 000	20,—	15,—	—
3 000	30,—	22,50	—
4 000	60,—	40,—	—
5 000	100,—	50,—	—
6 000	120,—	60,—	—
7 000	175,—	105,—	10,—
8 000	240,—	120,—	20,—
9 000	315,—	135,—	30,—
10 000	350,—	150,—	40,—
usw.	usw.	usw.	usw.

Warum werden den sich zur Steuer selbst veranlagenden Gewerbetreibenden und Landwirten Ertragssteuern geboten? Warum soll der Angestellte mit 4000 Mark Einkommen 50 Proz. mehr als der Gewerbetreibende mit gleichem Einkommen notopfern? Warum hat der bei gleich versteuer-

tem Einkommen viel besser gestellte Landwirt überhaupt nichts zu zahlen? Müssen die wohlhabenden Landwirte, die meistens auf die Republik schimpfen, und es sehr oft meißerhaft verstehen, den beschimpften Staat durch Steuermogelei obendrein auch noch zu beschummeln, dafür auch noch belohnt werden, indem die Regierung Brüning die Arbeiter, Angestellten und Beamten für sie notopfern läßt?

Diese skandalöse Begünstigung der Besitzenden beziffert sich auf mindestens 150 Millionen Mark, die bei gleicher Notbesteuerung aller, ob Gehalts- und Lohnempfänger oder Selbstveranlagter, als Mehraufkommen aus der Krisensteuer vorhanden

wären. Hätte die Reichsregierung außerdem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Proz. erhöht — eine Belastung, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen zu tragen sein würde (deshalb erfolgt sie nicht) — so ständen Hunderte von Millionen Mark zur Verfügung, um den rigorosen Unterstufungsabbau zu vermeiden.

Daß dieser Weg nicht beschritten wurde, liegt an den politischen Machtverhältnissen im Reiche. Die Regierung Brüning weiß, daß sie alle bürgerlichen Parteien gegen sich haben würde, wenn sie den Besitzenden die gleichen Opfer wie den Nichtbesitzenden auferlegt hätte.

Die Kommunisten lügen!

Sie betriegen die arbeitenden Massen, wenn sie behaupten, die deutsche Sozialdemokratie billige die schreiend ungerechte Notverordnung Brünings.

Es gibt keine Sozialdemokraten, kein Mitglied des DGB, und des NSD-Bundes, das die Notverordnung billigt oder gar für sie die Verantwortung trägt und übernimmt!

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind sich einig in der unbedingten Pflicht, dahin zu streben, daß diese Notverordnung durch eine sozial gerechtere ersetzt wird. Demgemäß haben Partei und Gewerkschaften gehandelt und umgehend die Verhandlungen mit der Regierung zum Zwecke der Aenderung der Notverordnung aufgenommen. Wer das Gegenteil behauptet, begeht offene Demagogie, Lug und Betrug.

Das Bestreben, den sozial ungerechten Inhalt der Notverordnung durch einen gerechteren zu ersetzen, hat

bereits die ersten Erfolge erzielt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bei ihrem Kampf um Verbesserung der Notverordnung von der Auffassung ausgegangen, daß zuerst diejenigen Maßnahmen beseitigt oder zum mindesten gemildert werden müßten, deren Auswirkung schon in nächster Zeit fühlbar werden würde. Das betraf vor allem die Frage der

Unterstützung der jugendlichen Erwerbslosen bis zu 21 Jahren, für die die Gefahr bestand, daß sie von Anfang an keine Anwartschaft auf die Arbeitslosenversicherung mehr hätten. Die von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion mit der Regierung geführten Verhandlungen haben, dem „Vorwärts“ zufolge, folgendes Ergebnis gebracht:

Die jugendlichen Arbeiter bis zu 21 Jahren bleiben in der Arbeitslosenversicherung.

Bei Erwerbslosigkeit erhalten sie Unterstufungen in der Höhe der Sätze der Arbeitslosenversicherung. Es wird lediglich die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, die nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge erfolgt und ohne Schärfe gehandhabt werden soll.

Diese Regelung kommt einer verhältnismäßig großen Schicht von Arbeitslosen zugute, und ihre Durchführung erleichtert auch die soziale Fürsorge in den Gemeinden.

Bei den in Aussicht genommenen Beratungen über die Aenderung der Notverordnung wird die sozialdemokratische Fraktion sich mit der größten Entschiedenheit für weitere Entlastungen der arbeitenden Bevölkerung einsetzen.

Die Nazis schwindeln!

Die Halunken treiben das denkbar unehrlichste Spiel, indem sie so tun, als seien sie die wahren Freunde der Erwerbslosen, als fände der die Massen so schwer befallende Inhalt der Notverordnung nicht ihre Billigung, als sei von einer Diktatur Hitler-Fria die gerechtere Verteilung notwendiger Lasten zur Linderung der Not der Massen zu erwarten. Ausgesuchter Schwindel!

Die Nazis sind Gegner durchgreifender Erwerbslosenfürsorge. Sie haben am 7. Juni 1927 im Reichstag das Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge abgelehnt

und selbst in den schlimmsten Notzeiten nichts getan, um das Los der Arbeitslosen zu verbessern. Dafür liefert die jüngste Zeit die schlagendsten Beweise. Mit den Deutschnationalen und Kommunisten beantragten die Nazis im Kesttenrat des Reichstags die Einberufung des Reichsparlaments bzw. des Haushaltsausschusses. Sie taten das nicht etwa, um im Reichstag oder im Ausschuß gemeinsam mit der Sozialdemokratie eine Verbesserung der Notverordnung zu erstreben, sondern nur, um die wildeste Anarchie herbeizuführen, die das Elend der Erwerbslosen nicht vermindert, sondern ins Riesenhafte gesteigert haben würde. Doch was kümmert das die „nationale Opposition“ und ihre kommunistischen Helfer! Sie mußten, daß die Regierung zurücktreten würde, wenn beschlossen worden wäre, den Reichstag oder seinen Hauptausschuß einzuberufen. Deshalb stimmten sie dafür.

Die Nazis und die anderen „nationalen Opponenten“ wollten die Staatskrise, das Chaos, um die faschistische Diktatur zu errichten! Die Kommunisten unterstützten die Katastrophopolitiker, weil auch sie die Katastrophe wollten, allerdings nicht um die faschistische, sondern um die kommunistische Diktatur zu errichten!

Um ihr Ziel zu erreichen, ist allen jedes Mittel recht, selbst der Zusammen-

bruch der Wirtschaft, vor dem wir am 16. Juni standen, als im Kesttenrat die Entscheidung für oder gegen das Chaos fiel.

Die Sozialdemokratie hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindert. Das ist die große Leistung, die vollbracht wurde. Die Sozialdemokratie hätte am 16. Juni das Kabinett Brüning stürzen können. Sein Schicksal lag in ihrer Hand. Sie tat es nicht, weil sie weiter denkt als bis morgen. Sie wußte, daß 48 Stunden nach dem Regierungsturz eine neue, aber noch viel schlechtere als die Brüning-Notverordnung ergangen wäre. Sie wußte außerdem, daß es jetzt

um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung geht. Diese aber muß und wird von der deutschen Sozialdemokratie vor der Vernichtung durch die faschistischen Horden gerettet werden. Langsam oder schneller kommen wieder andere Zeiten, andere Verhältnisse. Dann soll wieder aufgebaut werden, was der Naziflag am 14. September 1930 in Deutschland zerstört hat. Dazu brauchen wir eine gefestigte Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindert.

Das ist die große Leistung, die vollbracht wurde. Die Sozialdemokratie hätte am 16. Juni das Kabinett Brüning stürzen können. Sein Schicksal lag in ihrer Hand. Sie tat es nicht, weil sie weiter denkt als bis morgen. Sie wußte, daß 48 Stunden nach dem Regierungsturz eine neue, aber noch viel schlechtere als die Brüning-Notverordnung ergangen wäre. Sie wußte außerdem, daß es jetzt

um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung geht.

Diese aber muß und wird von der deutschen Sozialdemokratie vor der Vernichtung durch die faschistischen Horden gerettet werden. Langsam oder schneller kommen wieder andere Zeiten, andere Verhältnisse. Dann soll wieder aufgebaut werden, was der Naziflag am 14. September 1930 in Deutschland zerstört hat. Dazu brauchen wir eine gefestigte Sozialdemokratie.

tische Bewegung, schlagkräftige gewerkschaftliche Organisationen. Dazu brauchen wir im besonderen auch die unangetastete politische Demokratie, die Erhaltung aller politischen Freiheiten des arbeitenden Volkes. Beides wäre dahin, wenn Deutschland unter die faschistische Diktatur käme.

Aus diesen Gründen stimmte die Sozialdemokratie am 16. Juni 1931 gegen den Sturz des Kabinetts Brüning, den alle Katastrophopolitiker wollen. Aus den gleichen Gründen tut sie

das jetzt allein Vernünftige, indem sie Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften zähle für die sozial notwendigen Aenderungen der Notverordnung kämpft. Sie tut alles, was geeignet ist, die Not der Arbeitslosen zu mildern und die Erwerbslosen selbst so schnell als möglich Zeiten entgegenzuführen, die sie wieder mittendrin im Arbeitsprozeß sehen, als nützliche Glieder der Gesellschaft freudig der Gesamtheit dienend.

Darum, ihr Erwerbslosen, in Treue zur deutschen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften gestanden!

Wenn die Faschisten regieren würden!

Das „Musterbeispiel“ Italien

Italien ist für jeden Halunkenzucker sozusagen der Idealstaat, denn dort ist der Marxismus „erledigt“, und alle sozialen Gegensätze haben sich unter der segnenden Hand von Mussolini angeblich in Wohlgefallen aufgelöst. Zum größten Bedauern der Nachbeter des Faschismus hat man aber die Statistik nicht mit beigesteuert. In Zahlen sehen die Dinge in Italien aber ganz anders aus. Nach einem Bericht der Sozialversicherung gab es in Italien im Februar 1931 765 325 eingetragene Arbeitslose. Natürlich wird die Zahl der tatsächlich Erwerbslosen auf den Dörfern nicht annähernd in diesen Angaben erfasst.

Interessant ist besonders die amtliche Feststellung, daß

lediglich rund 200 000 Arbeitslose Anspruch auf Unterstützung

haben. Die Arbeitslosenunterstützung ist ganz und gar — faschistisch.

Während nur dreier Monate wird pro Tag ein Betrag von 3,75 Lire (etwa 80 Pf.) gezahlt.

Nach Ablauf dieser Frist müssen die Arbeitslosen die öffentliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen, die noch schlechter als die Arbeitslosenfürsorge ist. Trotz riesenarbeitslosigkeit hat aber die Unterstufungskasse einen Ueberschuß von 862 300 000 Lire zu verzeichnen. Kein Wunder bei den beschämend niedrigen Unterstufungssätzen.

Die deutsche Sozialdemokratie weiß, daß es, wenn bei uns die Hitlerianer ans Ruder kommen, den deutschen Arbeitslosen ebenso dreißig ergehen wird, wie es den erwerbslosen Arbeitern in Mussolinien ergeht. Deshalb ist sie im Interesse der Arbeitslosen bestrebt, die Republik, ihre Machtmittel und sozialen Einrichtungen den Nationalsozialisten nicht ausliefern zu lassen.

Die Arbeitslosen und Kenner aller Art häufig verhöhnt, indem er als Ideal der Arbeiterschaft bezeichnete.

„Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsmittel einschließlich der Sterbekasse mitbekommt.“

Für diesen Dr. Schacht sind also die Sozialrentner und die Arbeitslosen Menschen, denen man lächelnd den Rotfort nach höher hängen muß!

Die deutsche Sozialdemokratie kennt die Schacht, Hugenberg, Ritter und Genossen. Darum besteht sie bestrebt, alles zu tun, um zu verhindern, daß das Schicksal der Erwerbslosen dieser Gesellschaft ausgeliefert wird.

Das „italienische Musterbeispiel“ ist so abschreckend, daß seine Bewerterinteresse auf deutschem Boden im Arbeiterinteresse verhindert werden muß.

Verteumder

Es gibt keinen Spießbürger, der nicht bei jeder Gelegenheit sein soziales Herz betonen würde, aber... Es gibt auch keinen, der nicht bis oben hin von moralischer Entrüstung über diejenigen erfüllt ist, die die sozialen Einrichtungen ausnützen. Und jeder von diesen „sozial Denkenden“ kennt natürlich eine ganze Menge solcher Schmarober, Unterstützungsempfänger, „die es gar nicht nötig haben“, und vor allen Dingen Arbeitslose, „die bloß nicht arbeiten wollen“. Eine Anzahl von Fällen der gewissenlosesten Verteumder sind, haben eine traurige Berühmtheit erlangt. Wer kennt z. B. nicht den Arbeitslosen, der von seinem Stempelgeld eine richtiggebende Jagd packen wollte, weil er soviel Zeit hat? Dieser Schwindel, wie alle ähnlichen, konnten bei gründlicher Nachprüfung noch immer entlarvt werden. Aber was tut's! Diejenigen, die sie verbreiten und die, die es glauben, sind wieder einmal davon überzeugt, daß sie sich und ihrer sogenannten Ordnung keine Normwürde zu machen brauchen, sondern daß alle Schuld an den bestehenden Zuständen in erster Linie bei den Arbeitern liegt.

In der Mai-Nummer der satirischen Monatschrift der Nationalsozialisten „Die Brenneisel“ findet sich folgende Gemeinheit gegen die Erwerbslosen:

Zeitbild

Ein Münchener Geschäftsmann bietet durch ein Inserat sein gebrauchtes Personenauto zum Verkauf an. Es meldet sich ein Interessent aus dem Gebirgsfremdenort B. Persönlich. Er wolle den Kaufpreis in Raten abzahlen. Was er denn sei? Im Sommer Hotelportier in B., seine Frau in der Saison Hotelköchin.

Jetzt im Winter beziehe er Arbeitslosenunterstützung. Mit diesen Beträgen wolle er die Raten bezahlen.

Kommentar überflüssig. Feo.

Man möchte nur wiederholen: Kommentar überflüssig. Aber das würde nicht genügen. Diese Abscheulichkeit kann nicht laut und nicht oft genug denen in die Ohren geschrien werden, die es in erster Linie angeht, den Arbeitslosen in der Hitler-Partei. So nehmen die „Arbeiterführer“ vom Schläge Muffmann, Prinz Kumi und dergleichen die Interessen der Arbeitslosen wahr. Sie liefern der blöden und gehässigen Agitation gegen die ohnehin geringen Unterstufungen Material, von dessen Lügenhaftigkeit die Verfasser selber überzeugt sind. Wie lange werden Arbeiter noch in der Partei des Schloßherren von München zu finden sein?

Diktator in spe Dr. Schacht, den die schwerindustriellen Kapitalisten am liebsten an der Spitze einer Diktatur-Regie-